S. Schreiber-Barsch M. Benz-Gydat S.Schmidt-Lauff
A. Pabst K. Petersen K. Schmidt (Hg.)

Erwachsenen-bildung als kritische Utopie?

Diskussionen um Mündigkeit, Gerechtigkeit und Verantwortung

NON-FORMALE POLITISCHE BILDUNG

WOCHEN SCHAU VERLAG

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Melanie Benz-Gydat, Antje Pabst,
Katja Petersen, Katja Schmidt,
Sabine Schmidt-Lauff, Silke Schreiber-Barsch (Hg.)

Erwachsenenbildung als kritische Utopie?

Diskussionen um Mündigkeit, Gerechtigkeit und Verantwortung

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

NON-FORMALE POLITISCHE BILDUNG BAND 19

Melanie Benz-Gydat, Antje Pabst,
Katja Petersen, Katja Schmidt,
Sabine Schmidt-Lauff, Silke Schreiber-Barsch (Hg.)

Erwachsenenbildung als kritische Utopie?

Diskussionen um Mündigkeit, Gerechtigkeit und Verantwortung

WOCHEN
SCHAU
VERLAG

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Die Reihe „Non-formale politische Bildung" wird herausgegeben von
Ina Bielenberg, Benno Hafeneger, Barbara Menke, Wibke Riekmann,
Klaus Waldmann und Benedikt Widmaier.

Der Beirat der Reihe besteht aus Helle Becker, Peter Brandt, Helmut Bremer, Klaus Brülls, Stephan Bundschuh, Mike Corsa, Siegfried Frech, Daniel Grein, Lothar Harles, Michaela Köttig, Jens Korfkamp, Dirk Lange, Yvonne Niekrenz, Bernd Overwien, Melanie Piepenschneider, Albert Scherr, Benedikt Sturzenhecker, Andreas Thimmel, Matthias Witte und Christine Zeuner.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2021

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design
Lektorat: Dr. Katja Schmidt, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-1148-9 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-1149-6 (PDF)

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Inhalt

MELANIE BENZ-GYDAT, ANTJE PABST, KATJA PETERSEN, KATJA SCHMIDT, SABINE SCHMIDT-LAUFF, SILKE SCHREIBER-BARSCH
Einleitung 9

Vorrede

OSKAR NEGT
Nichts ist erledigt. Zur Tragödie geschichtlicher Wiederholungen 15

I Utopie: „Politische Bildung in unsicheren Zeiten“

KATJA PETERSEN, KATJA SCHMIDT
Wie ein Hochstapler und ein Seelenarzt den Utopien der Aufklärung erliegen. Einführende Impulse 31

DANIELA HOLZER
Negation und Utopie: Momente politischer Kritik 42

JENS KORFKAMP
Wozu (noch) philosophieren in der Erwachsenenbildung? 55

HELMUT BREMER
Zur Bedeutung von Gesellschaftsbildern für die politische Bildung 67

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

II Lernen – Bildung – Utopie: „Was bringe ich ans Licht, wenn ich die Praxis zur Sprache bringe?“

MELANIE BENZ-GYDAT, ANTJE PABST
Lernen – Bildung – Utopie. Einführende Betrachtungen im Kontext kritischer Erwachsenenbildung 87

JANA TRUMANN
Erwachsenenbildung und Nachhaltigkeit. Impulse aus selbstinitiierten urbanen Inseln gesellschaftlichen Wandels 100

KLAUS-PETER HUFER
„Wir müssen reden“ – Erwachsenenbildung in einer geänderten Gesellschaft. Konsequenzen für ihre Profilbildung und Wahrnehmung . . . 112

ELKE GRUBER
Lebenslanges Lernen und Menschenbild(er) – eine Spurensuche mit Ausblick 127

III Historisch – international – Utopie: „Lernen ohne Grenzen“

SILKE SCHREIBER-BARSCH, SABINE SCHMIDT-LAUFF
Über das Reden vom Bürger_innen-Sein. Einführende Impulse 145

ELISABETH MEILHAMMER
Von der mitbürgerlichen Bildung zur *Global Citizenship Education.* Entwicklungslinien bürgerschaftlicher Bildung im Erwachsenenalter 149

MICHAEL SCHEMMANN
Umweltrechte als Teil von Bürgerrechten. Überlegungen aus der Sicht der Erwachsenenbildung – revisited 163

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Nachrede

CHRISTINE ZEUNER
Antigonish Movement in Nova Scotia, Kanada. Das „soziale Laboratorium“ als realistische Utopie 181

Autorenliste 205

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

MELANIE BENZ-GYDAT, ANTJE PABST,
KATJA PETERSEN, KATJA SCHMIDT,
SABINE SCHMIDT-LAUFF, SILKE SCHREIBER-BARSCH

Einleitung

Erwachsenenbildung oszilliert zwischen Aneignungszwängen und (utopischen) Suchbewegungen. Kein pädagogisches Denken kommt ohne Zukunftsentwürfe aus. In einer leistungsorientierten Gesellschaft, die schnelle Anwendbarkeiten, Optimierungen und permanente Flexibilität ihrer Mitglieder zu den Grundpfeilern ihrer Existenz erhebt, bleibt kaum mehr Platz für Zukunftsentwürfe, denen etwas Utopisches anhaftet. Dass es der (politischen) Erwachsenenbildung in unsicheren Zeiten mehr denn je bedarf, daran lässt Christine Zeuner keinen Zweifel aufkommen.

Mit diesem Band, entstanden anlässlich der Tagung zu ihrem 60. Geburtstag unter dem Motto „Erwachsenenbildung als kritische Utopie? Diskussionen um Mündigkeit, Gerechtigkeit und Verantwortung", blicken wir im Sinne des Utopischen nach vorne. Eine kurze rückblickende Zwischenbetrachtung sei dennoch gestattet: In ihren Schriften, Vorträgen und Lehrveranstaltungen macht Christine Zeuner stets auf grundlegende Spannungsfelder aufmerksam, auf die Erwachsenenbildung trifft und zugleich Teil derselben ist. Diese sind angesiedelt zwischen einer Forderung nach Anpassung der Menschen an bestehende gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse auf der einen Seite sowie dem Ruf nach Widerstand gegen eben jene Verhältnisse auf der anderen Seite. Damit Menschen sich in diesen Spannungsfeldern nicht nur zurechtfinden, sondern mündig bewegen und Gesellschaft mitgestalten können, bedarf es der Entwicklung von Kritik-, Urteils- und Utopiefähigkeit – gerade auch, um soziale Verantwortung für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu übernehmen.

Utopia ist dabei längst nicht mehr nur Metapher für menschengerechtere Zukunftsvisionen, sondern dialektische Kraft für kritische Gegenwartsdiagnosen und lernhaltige Erfahrungshorizonte. Welche Bedeutung der Bearbeitung hierbei auftretender Widersprüche zukommt, ist eine der Fragen, mit denen Christine Zeuner sich in Forschung und Lehre auseinandersetzt. Neue Spannungsfelder auszumachen, vermeintlich bekannte neu zu vermessen, sind ihre Tätigkeitsfelder. Die Kritische Bildungstheorie ist dabei Heimat- und Ankerplatz zugleich. Ihr immer wieder vorgenommener Blick in die gegenwärtige er-

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

wachsenenbildnerische Praxis, in die Geschichte der Erwachsenenbildung und ihre theoretischen Standortbestimmungen weisen der Erwachsenenbildung ihre Aufgabe zu: es Menschen zu ermöglichen, sich auf gesellschaftlich Verantwortbares und Wünschenswertes, auf Formen des eigenen und des gemeinsamen Lebens – auch jenseits einer auf angepasste Verwertbarkeit ausgerichteten Erwachsenenbildung – zu besinnen, an Gesellschaft zu partizipieren und kritisch zu hinterfragen. Damit braucht Erwachsenenbildung die Idee des Utopischen: auf Vergangenheit und Gegenwart ausgerichtetes Denken, Entwürfe für eine bessere Zukunft und Ansätze, die Ideen von Gesellschaft mit konkreter Praxis verbinden.

Angesichts der für diesen Band vorgenommenen Darstellung der kanadischen *Antigonish Movement* als Erwachsenenbildung schreibt Christine Zeuner:

> „Dies setzt zweierlei voraus: Menschen sollten erstens in der Lage sein – oder in die Lage versetzt werden –, Veränderungen reflexiv zu durchdringen, um sie zu verstehen und in ihrer Komplexität zu beurteilen. Dazu benötigen sie unter Umständen Unterstützung. Zweitens sollten sie fähig sein, Schlüsse daraus zu ziehen, um Alternativen formulieren zu können und diese handelnd umzusetzen. Ein solches Denken enthält immer ein utopisches Moment.“ (Zeuner in diesem Band, 183)

Die Themen der Beiträge stehen stellvertretend für die Breite von Christine Zeuners erwachsenenbildnerischem Nachdenken. Gemeinsame Bezugspunkte sind die Aufgaben und Auseinandersetzungen der Erwachsenenbildung in unruhigen Zeiten, in denen die Begriffe „Mündigkeit“, „Verantwortung“ und „Bildung“ erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Damit regen sie zum Nachdenken über die Frage „Erwachsenenbildung als kritische Utopie?“ an. Zugänge, um Antworten auf diese Frage zu finden, finden sich vielfältige, entzieht sich doch schon der Begriff „Utopie“ einer eindeutigen Definition.

Utopien werden unterschiedliche Wirkungen und Funktionen zugeschrieben, gemeinhin gelten sie als Entwürfe einer noch nicht, aber vielleicht doch (in naher Zukunft) existierenden Gesellschaft. Hinter Utopien verbergen sich Gedankenexperimente im Sinne einer Was-wäre-wenn-Relation. Politische Programme können sich als utopisch erweisen, Lebensweisen als gelebte Utopien versucht werden. Utopien können positive Alternativen veranschaulichen, aber auch vor möglichen Zuständen warnen, Gegenwart über eine wahre Fiktionalisierung in die Kritik nehmen. Dabei geht es um den Menschen in seinen gesellschaftlichen Bezügen und darum, ihm alternative Lebensentwürfe und Hand-

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

lungsoptionen aufzuzeigen. Es geht also um Intentionen von Utopien, um die Funktionen, die sie erfüllen sollen. Doch können sie dies tatsächlich leisten? Sind Utopien nicht heute obsolet? Taugen sie noch als kritische zukunftseröffnende Instanz? Und: Was hat das mit (kritischer) Erwachsenenbildung zu tun?

Die Vielfältigkeit des Nachdenkens über utopische Momente in der Erwachsenenbildung zeigt sich in den Aufsätzen der hier versammelten Autorinnen und Autoren. Sie begegnen ihnen auf unterschiedliche Art und Weise und bieten Anregungen, die (utopische) Welt der Erwachsenenbildung in Theorie und Praxis zu betreten. So regen die Beiträge im Kapitel „Utopie: ‚Politische Bildung in unsicheren Zeiten'"[1] von Katja Petersen, Katja Schmidt, Daniela Holzer, Jens Korfkamp und Helmut Bremer dazu an, über die utopischen Verflechtungen von Kritik, Philosophie, Gesellschaftsbildern und Erwachsenenbildung nachzudenken. Im zweiten Kapitel „Lernen – Bildung – Utopie" wird aus unterschiedlichen Perspektiven im Sinne von Christine Zeuner der Frage „Was bringe ich ans Licht, wenn ich die Praxis zur Sprache bringe?"[2] nachgegangen: Melanie Benz-Gydat, Antje Pabst, Jana Trumann, Klaus-Peter Hufer und Elke Gruber richten den Blick auf die gesellschaftliche Gegenwart und Vergangenheit sowie die sich wandelnden Herausforderungen für die Erwachsenenbildungspraxis, ihre utopischen Momente im Zusammenhang von Lernen und Bildung. Die utopischen Dimensionen historischer und internationaler Verortungen der Erwachsenenbildung werden im Kapitel „Historisch – international – Utopie", das auf das von Christine Zeuner stets verfolgte „Lernen ohne Grenzen"[3] rekurriert, in den Beiträgen von Silke Schreiber-Barsch, Sabine Schmidt-Lauff, Elisabeth Meilhammer und Michael Schemmann ausgelotet. Die Vor- und Nachrede des Sammelbandes bilden die Beiträge von Oskar Negt und Christine Zeuner. Sie zeigen, dass Erwachsenenbildung zu einem „guten Ort" werden

1 Zeuner, Christine (2018): Politische Bildung in unsicheren Zeiten. In: Grotlüschen, Anke/Schmidt-Lauff, Sabine/Schreiber-Barsch, Silke/Zeuner, Christine (Hg.): Das Politische in der Erwachsenenbildung (= Non-formale politische Bildung Band 13). Frankfurt/M., S. 94–99.

2 Zeuner, Christine/Arnold, Rolf/Gieseke, Wiltrud (2009): Was bringe ich ans Licht, wenn ich die Praxis zur Sprache bringe? In: Arnold, Rolf/Gieseke, Wiltrud/Zeuner, Christine (Hg.): Bildungsberatung im Dialog. Band 1: Theorie – Empirie – Reflexion. Baltmannsweiler, S. 11–21.

3 Zeuner, Christine (2011): Lernen ohne Grenzen: Europäische Perspektiven auf die Erwachsenenbildung. In: Arnold, Rolf/Pachner, Anita (Hg.): Lernen im Lebenslauf (= Grundlagen der Berufs- und Erwachsenenbildung Band 69). Baltmannsweiler, S. 145–162.

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

kann, wenn sie sich mit ihrem Denken im „nirgendwo“ und „ohne Ort“ in kritischen Utopien aus Vergangenheit und Gegenwart der Zukunft zuwendet.

Dieses Buch widmen die beitragenden Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Freundinnen Christine Zeuner zum 60. Geburtstag. Herzlich danken möchten wir dem Wochenschau Verlag, der für diesen Band sämtliche Kosten übernommen hat.

Hamburg im September 2020
Die Herausgeberinnen

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Vorrede

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

OSKAR NEGT

Nichts ist erledigt. Zur Tragödie geschichtlicher Wiederholungen

Wir können aus der Geschichte lernen, wenn wir den Mut zu Neuanfängen behalten. Ernst Bloch hat im Zusammenhang der Symbolgeschichte des Dritten Reichs davon gesprochen, dass Geschichte sich nicht wiederhole, wenn aber etwas nicht Geschichte wurde, also wenn sie unbearbeitet und unaufgeklärt bleibt, dann wiederholt sie sich durchaus.

Gesellschaftliche Lernprozesse vollziehen sich in der Regel nicht nach einheitlichen Linien. Dass der Konstitutionsakt der demokratischen Republik in Weimar in den Räumen eines Theaters stattfindet, ist wahrscheinlich gar nicht so zufällig, wie es zunächst erscheint. Schon in dem soziologischen Begriff „Weimarer Republik" steckt etwas Irreales, eine Wunschvorstellung, die sich aufbäumt gegen ein in sich zerrissenes Land, in dem fortwährend geschossen und gemordet wird. Goethe und Weimar geben dem ganzen Unternehmen einen Schuss Legitimität, die diese Parteiversammlung, die sich eine Verfassung gibt, nicht vorzuweisen hat. Vergleicht man diese Situation mit der der Väter und Mütter des Grundgesetzes, kann man mit guten Gründen davon sprechen, dass die kulturellen Anleihen für die gesellschaftliche Friedenssicherung nichts brachten.

Demokratie ohne Demokraten

Geschichtlich verbürgte Experimente, die sich auf eine durch *Argumentationsöffentlichkeit* hergestellte öffentliche Meinung beziehen, sind selten. Ich greife daher auf die Federalist Papers von 1787 zurück. Es gibt keine Verfassungsdebatte, die in ähnlicher Intensität die Philosophie politischen Denkens vergegenwärtigt, wie das in den Federalist Papers vorgeführt wird. Was das Pseudonym Publius, unter dem Alexander Hamilton, James Madison, John Jay die Federalist Papers publizierten, schon andeutet, zieht sich durch diese gesamte Verfassungsdebatte: Beispiele kommen überwiegend aus der römischen Geschichte. Aber auch die griechische Philosophie wird von diesen Rednern und Journalisten, als die sich die drei Autoren der Papers betätigen, zitiert, und auch das europäische Denken von Montesquieu und John Locke dient in vielfacher Hinsicht als Argumentationshilfe. Hamilton, Madison und Jay leisten aufklärerische

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Vorarbeit für den dann 1787 stattfindenden Verfassungskonvent; das ist im besten Sinne politische Meinungsbildung, natürlich ist es das lesende Publikum, sind es die etablierten Bürger, die hier zum Nachdenken und zur Entscheidung aufgefordert sind.

Es sind grundverschiedene gesellschaftliche Zustände und verschiedene politische Konstellationen, die hier im Spiel sind. Die Weimarer Verfassung ist ein orientierender Text, dem die Härte der Verbindlichkeit fehlt. Jede Partei arbeitet an der eigenen Verbindlichkeit, ohne sich auf das Gemeinwohl einzulassen. Die Weimarer Republik, wie sie dann später zu einem Ganzen zusammengefügt wird, das es so gar nicht gegeben hat, erreicht die realen Lebensverhältnisse der Menschen nur am Rande. Aber hier fehlt auch jede normative Schärfe, die geeignet wäre, die versteinerten Herrschaftsverhältnisse aufzubrechen und die antidemokratischen Bewegungen unterhalb des entleerten Parteiensystems zu kontrollieren und vielleicht sogar zu steuern.

So entwickelt sich in immer größer werdenden Bereichen ein *Lebenszusammenhang*, dem jede glaubwürdige Richtung fehlt; die Parteieliten sind mit dem Profilierungskampf voll in Anspruch genommen. Es entsteht ein absurdes gesellschaftliches Gebilde, eine *Demokratie ohne Demokraten*. *Res publica amissa* nannte Cicero diesen Schwebezustand einer Gesellschaft, deren Gerüst noch völlig intakt erscheint, im Innern aber auf eine autoritäre Entpolitisierung hinsteuert. Das Wort *amissa* hat einen Doppelsinn, es ist *Vergessen* und *Vernachlässigen*. Die alten Regeln werden gehalten und zielen darauf, dass alles in alter Ordnung gefestigt ist. Gleichwohl sind alle gesellschaftlichen Kräfte in einem Polarisierungszustand, in dem sich eine gesellschaftliche Grundentscheidung der gesamten Lebensverhältnisse vorbereitet, die auf Entscheidung drängt.

Demokratie als beständiger Lernprozess – die fundamentale Norm der Würde und ihre soziale Verankerung

Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss. Es lässt sich da nichts aufbewahren, was nicht lebendig umgesetzt wird. Dieses Lernen ist ein Alltagsvorgang. Es lässt sich nicht als gesonderte Sphäre behandeln, die professioneller Kompetenz überlassen bleiben kann. Politik in diesem Zusammenhang geht auf Friedenssicherung der Gemeinschaft. Dolf Sternberger, der große Politikwissenschaftler der Nachkriegszeit, hat davon gesprochen, dass der Friede das einzige Ziel der Politik sei, Politik aber auch das einzige Mittel ist, die Friedensfähigkeit einer Gesellschaft herzustellen. *Kein Mensch wird als politisches Lebewesen geboren; deshalb ist politische Bildung eine*

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Existenzvoraussetzung jeder friedensfähigen Gesellschaft. Das Schicksal einer lebendigen demokratischen Gesellschaftsordnung hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird, in welchem Maße sie bereit sind, politische Verantwortung für das Wohlergehen des Ganzen zu übernehmen, und vor allem: Demokratie muss gelernt werden – diese Erfahrung bleibt – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.

Bei Aristoteles, der den Menschen als *zoon politikon*, als politisches Lebewesen definiert, klingt es so, als sei das eine anthropologische Konstante – in Wahrheit ist damit aber nicht das Endergebnis einer natürlichen Entwicklung bezeichnet, sondern Richtung und Resultat eines Erziehungs- und Lernprozesses. Die Definition eines Menschen als eines *zoon politikon* enthält als Ziel eine Lebensform, die auf der freien Selbstbestimmung autonomer Bürger gegründet ist. Nur Götter oder Tiere können außerhalb der Polis leben, also ohne Politik. In der Werteordnung des Polis-Griechen rangieren daher der *idiotes*, der Privatmann, der ungebildete, der unpolitische Mensch, der keinerlei Bezüge seiner individuellen Lebensweise zum Gemeinwesen herstellt und an den staatlichen Angelegenheiten unbeteiligt ist, ganz unten. *Idiotes* hat den Doppelsinn von Privatem und Torheit.

In der Grabrede des Perikles (in der Fassung von Thukydides) ist die gesellschaftliche Umwelt des *zoon politikon* beschrieben, wenn er Athen im Unterschied zu anderen Stadtstaaten z.B. dem autoritär und militärisch gegliederten Sparta charakterisiert. In der von Thukydides dem Staatsmann zugeschriebenen Rede heißt es:

> „Wir sind die einzigen, die einen Bürger, der keinen Sinn für den Staat hat, nicht für ein ruhiges, sondern für ein unnützes Mitglied desselben halten. Unser Volk selbst trifft die Entscheidungen oder sucht das rechte Urteil über die Dinge zu gewinnen, und wir sind der Meinung, dass Worte die Taten nicht beeinträchtigen, dass es vielmehr ein Fehler ist, wenn man nicht sich durch Worte belehren und unterrichten lässt, bevor man, wenn nötig, zur Tat schreitet. […] Um es kurz zu sagen: Unsere Stadt in ihrer Gesamtheit ist eine Bildungs- und Erziehungsstätte für Hellas.“ (Thukydides, 40–41)

Seit Aristoteles hat es in jedem Zeitalter vielfältige Versuche gegeben, den Begriff des politischen Menschen nicht mehr nur näher zu bestimmen, sondern ihn auch zu versinnlichen, ihm individuelle Züge zu verleihen, was oftmals mit Charakterbildungen verknüpft wurde.

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Von welchen *Lernprozessen* kann man sprechen, wenn man Weimar und Buchenwald in ihren Verflechtungen in Augenschein nimmt? Es ist zunächst die normative Ebene, auf der die in der Weimarer Verfassung locker gefassten Grund- und Menschenrechte zu einer Staatsfundamentalnorm zusammengefügt werden, die man sich nur in einem naturrechtlichen Zusammenhang vorstellen kann. Es gibt meines Wissens keine einzige staatliche verfasste Grundordnung, in der der weitreichende Grundsatz der Würde als verfassungsrechtliche Leitnorm festgelegt ist wie in der Bundesrepublik. Der Begriff der Würde enthält mehr als die einzelnen liberalen Freiheitsrechte. Auch die sind in der Weimarer Verfassung, nimmt man die Gliederung der einzelnen Artikel, in ihrer Rangordnung eher als Anhang, jedenfalls als zweiter Teil der Verfassung anzusehen.

Es ist eine zweite Erfahrungsebene, die das Grundgesetz aufnimmt. Was wir *Sozialstaat* nennen, ist keine Abteilung für Unterstützung der Mühseligen und Beladenen, sondern ein *Wesenselement der Demokratie*. Eine demokratische Gesellschaftsordnung kann sich nur mit Leben füllen, wenn die Menschen weitgehend angstfrei sind. Wer also leichtfertig die sozialstaatlichen Systeme abbaut, legt gleichzeitig die Axt an die Wurzeln demokratischer Lebensformen. Wir können aus der Geschichte lernen, die Irrtumswege und erfolgreiche Lösungen ausdrückt. Wie immer Verfassungen aussehen mögen, ihr Einfluss auf Beschleunigung bestimmter Entwicklungstendenzen oder deren Blockierung ist im Allgemeinen nicht besonders groß. Wenn Demokratie, wie ich behaupte, die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss, dann hat dieses Lernen politischen Charakter. *Bildung* in diesem Sinne ist ein Zeichen des *Widerstandes* gegen zementierte Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse. Millionen Mitläufer bilden sich im normalen Milieu heraus, in dem zunächst nichts auf das hinzuweisen scheint, was am Ende mit dem Begriff Katastrophe angemessen beschrieben wäre. Dieses normale Milieu darauf zu überprüfen, wie die Weichen hier und heute gestellt werden, das ist Aufgabe der Bildung in den vielfältigen Sektoren der Gesellschaft, der Berufsbildung ebenso wie der Schule. Im normalen Milieu herauszufinden, wo sich Entscheidungen zum kollektiven Unglück zusammenziehen, ist zentrale Aufgabe politischer Bildung. *Nicht zu warten, bis das Gemeinwesen verrottet ist und die moralischen Verkrüppelungen der herrschenden Eliten, aber auch der Alltagsbewohner dieser Erde ein gesellschaftliches Betriebsklima geschaffen haben, das die Mühe um Anstand und politische Urteilskraft immer beschwerlicher und vielfach auch aussichtslos werden lässt – das sind Erkenntnisse, auf die sich mein Ursprungsinteresse richtete.* Ich gehe davon aus, dass die extremen Spannungssituationen, die in einem totalitären System praktiziert werden, ihre prägende Vorgeschichte unter normalen Existenzbedingungen haben.

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Wo ist der Ort und wann ist es höchste Zeit, durch politischen Eingriff eine Wende herbeizuführen, um eine auf gesellschaftliche Katastrophen und kollektives Unglück hinsteuernde Entwicklungslogik zu unterbrechen? Christa Wolf hat das in ihrer Erzählung „Kassandra" thematisiert:

> „Wann Krieg beginnt, das kann man wissen. Aber wann beginnt der Vorkrieg? Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da? Da stünde unter anderem: *Lasst euch nicht von den Eigenen täuschen*." (Wolf 1990, 249)

Um diese gesellschaftliche Vorkriegskonstellation in ihrer politischen Tragweite abschätzen zu können, bedarf es einer kritischen Gesellschaftsanalyse, die Wirklichkeitsschichten aufspürt und Realitätspotenziale aufdeckt, die sich auch unterhalb des offiziellen Institutionssystems regen. Die Krisenherde in der gegenwärtigen Situation der europäischen Einigung verweisen alle auf ein ähnliches Muster der *unterschlagenen Wirklichkeit*. Die eigentlichen Arbeitsprozesse sind, gemessen an den Verteilungsmechanismen, eher marginale Vorgänge. Nur wenig Kraft und Leidenschaft findet man selbst in jenen Bereichen, in denen bei jungen Leuten Motive für Entfaltung von Wissen und Phantasie gesetzt werden. Wenn es um die Beseitigung von Herrschaftsverhältnissen geht wie bei den Leipziger Demonstrationen gegen Stasi und allgemeine Bevormundung, ist ein Funke spürbar, der überspringt und etwas entzündet. Aber auch jenseits von Großdemonstrationen gilt: Das Grundgesetz hat genug Zündstoff, der ein Feuer für demokratische Phantasie und Projekte der Lebensgestaltung entzünden könnte.

Wie ein Fanfarenstoß klingt der erste Artikel unseres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Keine Verfassung dieser Welt formuliert in dieser Unbedingtheit Verpflichtungen für eine Friedensordnung, in die alle Menschen einbezogen sind. Ich betone: *alle* Menschen. Es ist ein kollektiver Lernprozess, der sich hier in der Rechtskultur niederschlägt; die Weimarer Verfassung kannte weder den Begriff des Menschen noch den der Würde. Sie galt für den *deutschen Staatsbürger*. Jene Normen und Verpflichtungen, die man unter dem Gesamtbegriff der Würde fassen konnte, waren im zweiten Teil des Verfassungstextes aufgezählt. Kritiker äußerten schon sehr früh den Verdacht, dass die niedrigrangige Position im Verfassungstext die Suspensionsneigung erhöht. Wenn nun Würde in der Werteordnung einer demokratischen Gesellschaft ganz nach oben gerückt ist, wie sehen dann die politischen Maßverhältnisse gemäß

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

einer solchen Rangordnung aus? Was ist die Würde eines Obdachlosen? Was wäre erforderlich, damit auch für ihn jenes Freiheitselement spürbar ist, ohne das von Würde sinnvoll nicht geredet werden kann? Arbeitslosigkeit wird von den meisten Menschen, die ohne ihre Zustimmung ihren Arbeitsplatz verlieren, als ein Gewaltakt empfunden. Seit der großen Marienthalstudie von Marie Jahoda, Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel ist das ein gesicherter soziologischer Tatbestand. Gewalt ist genau das Mittel, das Würde einschränkt oder vernichtet. Es mag sein, dass das bestehende kapitalistische System der Warenproduktion unabdingbar damit verknüpft ist, dass Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren; aber in ihrer Haltung, in ihrem Bewusstsein, selbst wenn sie es vor sich selber nicht offen legen würden, haben sie das Gefühl des Persönlichkeitsverlustes. Es ist ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit, der davon betroffenen Menschen. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule und der Lehre (vorausgesetzt, diese Ausbildungsstufe wird überhaupt noch erreicht) in der Regel in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozess erworben wurden, und die jetzt, von gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten, in Gefahr sind zu verrotten. Das kann schwere Persönlichkeitsstörungen hervorrufen. Man mache sich keine Illusionen darüber, was im Laufe eines Lebens an Enttäuschungen und Empörungen angesammelt werden kann, die dann explosive Formen annehmen, deren Einzelkausalitäten überhaupt nicht mehr erkennbar sind. Die subtilen Formen dieser Gewalt sind nicht weniger wirksam. Einer, der sich in diesem Milieu gut auskannte, der Berliner Maler Heinrich Zille, hat diese Formen der sublimen, verdeckten und aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängten Gewalt noch sehr genau wahrgenommen. Man kann, sagte er, mit einer engen oder kaputten Wohnung genauso töten wie mit einer Axt. Die alltägliche Gewalt lässt sich kaum statistisch messen. Alltägliche Gewalt bricht in allen gesellschaftlichen Institutionen auf, in den Privatverhältnissen ebenso wie in der offiziellen Politik. Das ruft inzwischen auch kein Erstaunen mehr hervor, denn die Prinzipien dieses Wirtschaftssystems beruhen darauf, den anderen auszugrenzen, ihn in seinen Ausdrucksmöglichkeiten möglichst einzuschränken. *Die Einbeziehung des Anderen* in den eigenen Entscheidungszusammenhang ist dagegen ein *wesentliches Mittel* der menschlichen Organisation *einer demokratischen Gesellschaft*. Wenn also Demokratie im Wesentlichen darin besteht, dass sich die Verhältnisse für Lernprozesse öffnen, dann ist die Kritik am Bestehenden immer damit verknüpft, den Freiheitsraum der Individuen zu erweitern und Bedingungen zu setzen, die Ausgrenzung, Hass und die Verkümmerung der Lebensperspektiven verringern.

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.